

„Wir brauchen einen starken demokratischen Staat“

Rede des Herrn Landtagspräsidenten Dr. Matthias Rößler an der Middle East Technical University am 1. Februar 2016

(Anrede)

Ich danke dem Department of International Relations und dem Auslandsbüro der Konrad-Adenauer-Stiftung für die Einladung und die freundliche Vorstellung. Ich bin heute gern hier bei Ihnen. Es freut mich, dass an Ihrer Universität mit Professor Hüseyin Ba cı ein ausgezeichneter Kenner der deutschen Außenpolitik und der deutsch-türkischen Beziehungen lehrt. Sie, liebe Studierende, erlangen dadurch einen sehr guten Einblick in das nicht immer ganz einfache, im Großen und Ganzen aber gute Miteinander unserer Länder. Und für mich heißt das, ich kann dieses weite Feld voll und ganz ihm überlassen und mich stärker auf Deutschland beziehen, auf die deutsche Innenpolitik.

Genauer gesagt werde ich mich einem aktuellen Thema der deutschen Politik widmen, das in Deutschland seit einigen Wochen verstärkt öffentlich diskutiert wird: die Rückkehr eines starken demokratischen Staates.

Für alle jene unter Ihnen, die das heutige Deutschland gut kennen, kommt die in jüngster Zeit wieder verbreitete Forderung nach mehr Staat sicherlich eher überraschend. Schließlich waren in Deutschland über viele Jahre hinweg Begriffe wie Deregulierung, Liberalisierung und Privatisierung tonangebend. Das Leitbild des „schlanken Staates“ wurde zur Blaupause vieler Verwaltungsreformen auf Bundesebene und in den

Bundesländern. Deutschland gilt daher bei vielen Beobachtern als Beispiel einer effektiven und modernen Staatlichkeit.

Und dennoch oder vielleicht gerade deshalb finden Sie in Deutschland den Ruf nach dem starken demokratischen Staat gegenwärtig sowohl in den Reihen der Christdemokraten wie auch auf Seiten der Sozialdemokraten.¹

Im Kern lauten die Forderungen wie folgt: Die „Wiederkehr des starken Staates“ ist in Deutschland eine unerlässliche Reaktion auf den Flüchtlingszustrom, auf die damit verbundenen großen Aufgaben, auf eine drohende Überlastung der öffentlichen Institutionen sowie auf die wachsende extremistische und terroristische Gefahr. Der „wirkungsmächtige Staat, der die Befolgung der Gesetze sichert und dafür auch die Mittel hat“, der müsse in Deutschland seine „notwendige Renaissance“ erfahren – mit mehr Personal in der Bildung, Verwaltung, Justiz sowie im Bereich der inneren und äußeren Sicherheit.²

Die Rede von der „Renaissance des Staates“ ist in Deutschland und darüber hinaus in Europa nichts Neues. Schon nach der weltweiten Finanzkrise haben die Nationalstaaten zunächst die Brände löschen müssen und danach ihre politischen Strukturen und Mittel ausgebaut. Es galt, derlei Verwerfungen künftig zu vermeiden. Damals wurde ebenfalls von der Renaissance des Staates gesprochen, nachdem zuvor die politisch Verantwortlichen staatliche Handlungsfähigkeit abgegeben oder gar aufgegeben hatten. Schon während der Finanzkrise wurde

¹ Vgl. etwa Interview mit Sigmar Gabriel, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 6. Januar 2016. „Dafür braucht Deutschland einen starken Staat, der seinen Aufgaben nachkommt. Und zwar für diejenigen, die hier leben, und für diejenigen, die neu kommen.“

² Siehe den Artikel von Heinrich Wefing: Darf's auch etwas mehr sein?, in: Die Zeit vom 11. Dezember 2015.

Beobachtern klar, dass zu wenig Staat nicht nur Wirtschaft und Gesellschaft schaden kann, sondern auch dem Staat selbst.

Gegenwärtig sind wir in Deutschland wieder an einem Punkt angelangt, an dem sich uns ein Defizit an staatlicher Handlungsfähigkeit offenbart. Wir sehen in der Flüchtlingskrise einen deutschen Staat, der in Teilen der Gefahr der Überforderung anheimfällt. Wir sehen einen Staat, in dem zentrale politische Akteure staatliche Souveränität im Sinne eines effektiven Ordnungsanspruchs preisgeben und damit die Stabilität des Gemeinwesens gefährden. Und wir sehen einen Staat, dessen politische Führung anscheinend grenzenlose Selbstlosigkeit an den Tag legt und darüber hinaus die eigenen Interessen aus den Augen zu verlieren droht.

Diese aktuellen Herausforderungen rücken uns daher abermals die alte Frage ins Bewusstsein: Wozu brauchen wir den Staat? Vielmehr noch führen sie zu der Frage: Wozu brauchen wir einen funktionierenden, einen wirkungsmächtigen, einen starken demokratischen Staat?

Meine Antworten hierauf sind eindeutig:

(1) Wir brauchen einen funktionierenden Staat, weil Demokratie ohne Staat nicht funktioniert. Wer nur von Demokratie spricht, aber vom Staat schweigt, der wird bald feststellen, dass das eine ohne das andere Schaden nimmt.

(2) Wir brauchen einen wirkungsmächtigen Staat, damit der Rechtsstaat seine Wirkung entfalten kann und der Normenstaat nicht an seinen Grenzen gelangt, weil der Staat keine Grenzen mehr kennt.

(3) Wir brauchen einen starken Staat, damit die Bürger ihre Freiheit in Sicherheit leben können.

(4) Und wir brauchen einen funktionierenden, wirkungsmächtigen sowie starken demokratischen Staat, weil die Europäische Union keine Staatsqualität aufweist und im Moment größter Herausforderungen an entscheidenden Stellen zu versagen droht.

Kein Thema beschäftigt Politik und Gesellschaft in Deutschland seit Monaten so unmittelbar wie die massenhafte Flucht von Menschen vor Terror und Krieg sowie vor wirtschaftlicher Not und individueller Perspektivlosigkeit nach Europa. Deutschland zeigt als europäischer Staat zusammen mit Schweden und Österreich bei der Aufnahme dieser Menschen weit überdurchschnittliche Solidarität. Deutschland tut dies auch, weil viele andere EU-Staaten keine Solidarität zeigen. Uns stellt die Flüchtlingskrise daher vor besonders große Herausforderungen – politisch, administrativ, finanziell, sozial, kulturell.

Die deutschen Bundesländer, denen die größten Aufgaben der Unterbringung und der Integration dieser Menschen zufallen, müssen durch gute Politik dafür Sorge tragen, dass die Kommunen, die Verwaltungen, die Ämter und Schulen, die Polizei sowie das Bundesland selbst angesichts der Flüchtlingskrise handlungsfähig bleiben. Sie müssen dafür Sorge tragen, dass sie gestalten können, dass wichtige Investitionen nicht vernachlässigt werden.

Die deutschen Bundesländer haben Staatsqualität und eigene Verfassungen. Im föderalen System der Bundesrepublik Deutschland bedeutet das einerseits viel Eigenverantwortung auf den mittleren und

unteren politischen Ebenen. Es heißt andererseits aber auch, dass die Bundesebene den Ländern die zur erfolgreichen Bewältigung der Flüchtlingskrise benötigten Geldmittel zur Verfügung stellen muss. Das geschieht noch nicht in ausreichendem Maße.

Schließlich geht allein der Freistaat Sachsen von jährlichen Kosten in weit dreistelliger Millionenhöhe aus. Für ganz Deutschland werden die Kosten der Flüchtlingskrise momentan auf 20 bis 30 Milliarden Euro pro Jahr geschätzt. Für die deutschen Politiker heißt das auch, sie müssen den Bürgern die Wahrheit über die finanziellen Folgen des Flüchtlingsgeschehens erzählen. Dasselbe gilt übrigens für die damit verbundenen gesellschaftlichen Konsequenzen. Hier gab es in Deutschland lange Zeit zu viel Zurückhaltung, zu viel Political Correctness – gegenwärtig ändert sich dies.

Die Parlamente in Deutschland, besonders die Landesparlamente, müssen ihre Handlungsfähigkeit beweisen und integrierend auf Staat wie Gesellschaft wirken. Sie müssen dies in erster Linie als Gesetzgeber und als Kontrollinstanz gegenüber der Regierung tun. Die Bürger in Deutschland wollen Stabilität, Wohlstand, Sicherheit und Freiheit in ihren Lebensverhältnissen. Das alles geht nur mit einem funktionsfähigen Staat und einer gestaltungsfähigen Politik. Ureigene Aufgabe der Parlamente ist es, gemäß ihrer Kompetenzen möglichst günstige Rahmenbedingungen für das gedeihliche Zusammenleben der Bürger zu schaffen. Vor allem die Fähigkeit Probleme zu lösen, fördert das Vertrauen der Bürger in ihre Parlamente.

Die Parlamente müssen aber auch politischer Mittler und demokratische Arena sein, indem sie die Debatte über die Themen Asyl und Flüchtlinge

führen, indem sie über Integration, Begrenzung von Zuwanderung und konsequente Abschiebung abgelehnter Asylbewerber diskutieren. Als Parlamentspräsident sehe ich in der Flüchtlingskrise diesbezüglich noch mehr Handlungspotenzial für die deutschen Parlamente.

Staat und Demokratie in Deutschland sind aber noch auf eine ganz andere Art und Weise herausgefordert. Politische Extremisten von links und rechts griffen 2015 vielfach Menschen, staatliche Einrichtungen, Privatwohnungen, Flüchtlingsunterkünfte und Abgeordnetenbüros an. Sie attackierten unseren Rechtsstaat und unsere freie Gesellschaft. Zum Glück haben wir in Deutschland noch keine so schrecklichen islamistischen Terroranschläge wie in Ankara, Istanbul oder Paris erleben müssen. Dennoch ist die Terrorgefahr auch in Deutschland groß. Jedoch geht der deutsche Staat gegen dieses Treiben, gegen Extremisten wie Terroristen, entschlossen vor. Wir verteidigen die Grundfeste unseres freiheitlich-demokratischen Miteinanders gegen Extremisten – mit einer pluralistischen Gesellschaft und einem starken Verfassungsstaat.

Dort wo der demokratische Staat jedoch unzureichend gerüstet ist, wo er nicht mehr das Recht gewährleisten kann, nicht mehr wehrhaft ist, dort treiben Extremisten ungehindert ihr Unwesen. Das schwächt die pluralistische Demokratie, die auf nicht-kontroverse Grundprinzipien ebenso angewiesen ist wie auf die Garantie von Freiheiten. In Deutschland gefährdet in dieser Hinsicht gegenwärtig nicht ein Zuviel, sondern ein Zuwenig an Staatlichkeit die Demokratie. Landesweit vernehmbare Forderungen nach mehr Polizeikräften und nach mehr Mitteln im Bereich der inneren Sicherheit bringen dies zum Ausdruck.

Parallel sinkt das Vertrauen der Bürger in die politischen Institutionen. Die Politik wird von vielen Menschen als überfordert wahrgenommen, der demokratische Prozess gilt als zu langsam und zu unbestimmt in seinen Ergebnissen. Besonders die hohe Komplexität moderner europäischer Politik verschließt sich vielen Bürgern. Das gilt zumal dann, wenn diese Politik ergebnislos bleibt, wenn die Blockade und nicht die Problemlösung das Geschehen bestimmt.

Ein starker demokratischer Staat ist vor allem ein starker Rechtsstaat, der die Bürger nicht nur vor dem Staat selbst schützt, sondern der ihnen als effektive Ordnungsmacht Sicherheit gewährt, das Recht im Allgemeinen durchsetzt und die gegenseitigen Freiheitsrechte der Bürger im Besonderen schützt.

Das heißt, der starke demokratische Staat folgt dem Prinzip „rule of law“, das die politische Herrschaftsmacht wirksam Gesetzen und Regularien unterwirft. Hier herrscht das Gesetz. Der starke demokratische Staat steht hingegen nicht für eine autoritäre „rule by law“, mit der die Gesetze willkürlich der Herrschaftsmacht einer Person oder Partei unterworfen werden.

Den starken demokratischen Staat zeichnet aus, dass er auf einer rechtsstaatlichen Basis „Recht setzt und auch durchsetzt“ und dabei starke Kontrollinstitutionen hat, zu denen selbstbewusste Parlamente und unabhängige Gerichte zählen. Über das alles verfügt Deutschland, jedoch droht uns in der Flüchtlingskrise durch die Politik der offenen Grenzen eine Überlastung unseres Rechtsstaates.

Namhafte deutsche Staatsrechtslehrer warnen daher vor der drohenden Erosion des deutschen Rechtsstaates und einem Durchbrechen der verfassungsmäßigen Ordnung. Hans Jürgen Papier, der frühere Präsident des Bundesverfassungsgerichts, spricht sogar davon, dass „in der rechtsstaatlichen Ordnung der Bundesrepublik die Kluft zwischen Recht und Wirklichkeit“ noch nie „so tief“ gewesen sei, wie wir es nun in der Flüchtlingskrise erleben. Die Ausnahme von der Regel droht zur Regel zu werden.

Der starke demokratische Staat steht gleichsam für einen Raum der gesellschaftlichen, politischen und ökonomischen Freiheit. Der starke demokratische Staat ermöglicht Freiheit, „statt sie zu bekämpfen“. Er setzt seine Mittel entschieden ein, nicht gegen, sondern für die freie und pluralistische Gesellschaft.

Die Freiheit der Meinung und die Freiheit der Presse sind dabei von herausragender Bedeutung. Journalisten müssen frei berichten dürfen, sie müssen die Regierung und die Politiker grundlegend kritisieren dürfen, sie müssen politische Verfehlungen benennen dürfen.

Soll die gesellschaftliche Freiheit nicht ins Leere laufen, dann brauchen wir einen funktionierenden Staat, der den Bürgern die Ausübung ihrer Freiheitsrechte ermöglicht, der eine Gemeinschaft von Freien zu sichern in der Lage ist. Nicht nur die deutschlandweiten Rechtsverstöße in der Silvesternacht haben uns vor Augen geführt, dass der deutsche Staat beim Schutz der Freiheitsrechte seiner Bürger gegenwärtig an seine Leistungsgrenze gelangt ist.

Die merkliche Schwäche der Europäischen Union in der Flüchtlingskrise habe ich bereits angesprochen. Selbst Jean-Claude Juncker, der Präsident der Europäischen Kommission, sieht die Europäische Union „in keinem guten Zustand“. Ich muss ihm leider zustimmen. Das Dublin-Abkommen ist weitgehend ausgesetzt, das Schengen-Abkommen funktioniert nur teilweise. Großbritannien versucht, eigene Wege zu gehen. Frankreich ist zu sehr mit sich selbst beschäftigt. Die Visegrád-Staaten Polen, Tschechien, Ungarn und die Slowakei praktizieren eine Politik der nationalen Abschottung, währenddessen Griechenland politisch eine nicht minder riskante Mischung aus Überforderung und Unwillen an den Tag legt.

Deutschland ist auch hier in besonderem Maße herausgefordert. Er steht gegenwärtig wieder einmal im „Schnittpunkt“ der politischen Auseinandersetzung in Europa.

Der Berliner Politikwissenschaftler Herfried Münkler bezeichnet Deutschland in seinem aktuellen Buch daher als „Macht in der Mitte“ Europas. Er sieht Deutschlands wesentliche Aufgabe darin, die mühsam gesponnenen europäischen Fäden in den heutigen Zeiten starker Fliehkräfte zusammenzuhalten. Dies setzt nicht nur viel Verhandlungsgeschick, Disziplin und Geduld voraus, es bedarf auch einer gewissen Bestimmtheit und einer hohen eigenen Leistungsfähigkeit. Besonders das Letztgenannte, die hohe eigene Leistungsfähigkeit, geht jedoch nur mit einem starken demokratischen Staat.

Deutschland steht für eine solche Europapolitik, die Mäßigung im Dialog mit Bestimmtheit im Handeln verbindet. Stabilität und Solidarität sind

dabei die Begriffe der Stunde, denn allein kann kein europäischer Staat die gegenwärtigen Probleme bewältigen. Damit Solidarität nicht zur Phrase verkommt und das europäische Gemeinwesen stabil bleiben kann, müssen die europäischen Interessengegensätze in praktikierbare Politik verwandelt werden. Dabei muss das Machbare, nicht das Wünschbare im Vordergrund stehen.

Das gilt nach meinem Dafürhalten auch in der Beziehung Deutschlands zu den europäischen Anrainerstaaten. Wir müssen hier zu einem konstruktiven Miteinander gelangen. Besonders wichtig ist das im Verhältnis zur Türkei, der als aufstrebender Regionalmacht sowie als Aufnahme- und Transitland für Flüchtlinge eine Schlüsselrolle zufällt. Hier hoffe ich, dass unsere nationalen Regierungen bald zu tragfähigen bilateralen Lösungen kommen.

Daneben dürfen wir die in letzter Zeit geschwächte Souveränität im Sinne einer nationalen oder europäischen Staatshoheit nicht aus den Augen verlieren. Ein Zuwenig wie ein Zuviel an staatlicher Souveränität gefährden gegenwärtig Europas Stabilität. Der offene Staat darf im vereinten Europa nicht zum verlorenen Staat mutieren. Der starke Staat darf indes nicht zu einem entgrenzten Staat werden.

Der starke Staat muss ein rechtsstaatlicher Staat, ein demokratischer Staat und ein freiheitlicher Staat sein. Dies zu bewirken, ist ein aufwändiger Balanceakt, den nicht nur Deutschland gerade zu vollziehen sucht.

Meine Damen und Herren, der deutsche Ökonom und Sozialphilosoph Wilhelm Röpke, der in den 1930er Jahren in seinem türkischen Exil auch

einige Jahre an der Universität Istanbul gelehrt hat, bezeichnete in seiner *Civitas humana* den „freien Staat“ als „das höchste Kunstwerk menschlicher Zivilisation“.

Das trifft es in meinen Augen sehr gut. Der Staat ist ein Kunstwerk, das wunderbar ist in seinen Möglichkeiten, jedoch verwundbar ist in seinem Bestand. Die größte Gefahr für den Staat geht dabei von dessen „Überlastung“ aus. Von einer Überlastung, die Regierende und Regierte entfremdet und die Grundlagen staatlicher Legitimität schädigt. Ein Übermaß an Staatsaktivität kann dafür ebenso ursächlich sein wie ein Untermaß.

Wer in Deutschland heute ein Untermaß an staatlicher Aktivität beklagt und die Renaissance eines Staates mit mehr Wirkungsmacht fordert, der verlangt an sich Selbstverständliches. Er verlangt die Wiederentdeckung zentraler Staatsaufgaben, die vorher versäumt wurden. Und genau darum geht es in der gegenwärtigen deutschen Debatte über den starken demokratischen Staat – um die Wiederentdeckung zentraler Staatsaufgaben.

Ich danke Ihnen.